

Stand: 20.04.2026 07:53:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2599

"Neue Polizeiuniform - Qualitätsmängel umgehend beheben!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2599 vom 25.06.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 22 vom 26.06.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/3986 des KI vom 08.10.2019
4. Beschluss des Plenums 18/4171 vom 15.10.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 29 vom 15.10.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Stefan Schuster, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Florian Ritter, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Neue Polizeiuniform – Qualitätsmängel umgehend beheben!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im zuständigen Ausschuss zu den hinlänglich bekannten qualitativen Mängeln der neuen Dienstuniform der bayerischen Polizeibeamtinnen und -beamten mündlich Stellung zu nehmen.

Im Fokus des Interesses stehen dabei folgende Fragen:

- Seit wann ist bekannt, dass die neue Dienstuniform qualitative Mängel aufweist?
- Aus welchen Gründen kommt es vermehrt zu Lieferengpässen bezüglich der Anschaffung der neuen Dienstuniform?
- Welche konkreten Schritte wurden bisher unternommen, um die qualitativen Mängel der neuen Dienstuniform zu beseitigen?
- Liegen ähnliche Beschwerden zur Qualität der neuen Dienstuniform auch von uniformierten Beamtinnen und Beamten aus der Justiz vor?

Begründung:

Seien es Risse an allen möglichen wie unmöglichen Stellen, geplatzte Nähte, Knöpfe, die nicht halten oder Lieferengpässe. Mit der Einführung der neuen Dienstbekleidung der bayerischen Polizei, die vor gut einem Jahr abgeschlossen wurde, mehren sich die Beschwerden über die Qualität der neuen Ausrüstung. Angesichts der Tatsache, dass die Umstellung 33 Mio. Euro gekostet hat, stellt sich die Frage, inwieweit sich die neuen Uniformen, wie seitens des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration versprochen, wirklich „an moderne Standards in Qualität und Funktion“ orientieren.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Projektgruppe, die für die Auswahl der neuen Dienstbekleidung eingerichtet wurde, ihre Entscheidung aufgrund einer Uniform getroffen hat, deren materielle Beschaffenheit sich von der gegenwärtigen, tatsächlich ausgelieferten Uniformen unterscheidet, es sich also augenscheinlich wohl nicht um das selbe Material handelt, dass in einem Trageversuch von 500 Polizistinnen und Polizisten auf „Herz und Nieren“ überprüft wurde. Sollte sich dieser Verdacht erhärten und der Umstand in kausalem Zusammenhang mit den qualitativen Mängeln der Uniformen stehen, muss geklärt werden, warum das Material für die Uniformen nicht mehr identisch ist.

Darüber hinaus ist es im öffentlichem Interesse zu erfahren, welche konkreten Schritte bisher unternommen wurden, um die qualitativen Mängel sowie das Problem von langen Lieferzeiten und Lieferengpässen des Logistikzentrums Niedersachsen zu beheben und ob die von der Arbeitsgemeinschaft Logistikzentrum Bayern (AG LZB) durchgeführte Prüfung des Aufbaus und Betriebs eines eigenen LZB für den Polizeibedarf ggf. auch zu dem Ergebnis geführt hat, dass solche Mängel und Probleme bei der Beschaffung durch ein eigenes LZB eher nicht auftreten könnten.

munen. Nun sorgen wir auch für die Einzelfallgerechtigkeit. Auf lange Sicht werden jährlich 150 Millionen Euro zur Verfügung stehen und damit doppelt so viel, wie im Jahr von den Kommunen eingenommen wurde. Niemand kann mir erzählen, dass das nicht reichen wird. Die Beträge sind schließlich keine Fantasie, sondern sie sind das Resultat der vielen Abfragen, die wir bei den Gemeinden im Vorfeld gemacht haben. Wir haben uns das sehr gut überlegt und die Sache sehr gut begründet. Die Beträge werden deshalb reichen. Außerdem darf man nicht vergessen, am Ende des Tages wird es eine Pauschalfinanzierung für die Kommunen sein, nach einem sehr fairen Schlüssel. Das führt dann dazu, dass wir die Bürger nicht mehr unmittelbar belasten, zumindest nicht die Anlieger, den Steuerzahler natürlich schon. Auf der anderen Seite gewinnen die Bürgermeister ein großes Stück Lebensqualität hinzu, weil sie die einzelnen Diskussionen mit den Anliegern, wie hoch die Straßenausbaubeiträge sind, nicht mehr führen müssen.

Insgesamt haben wir eine faire Lösung gefunden mit dem Schlusskapitel Härtefallkommission. Es ist deshalb auch durchaus richtig, dafür die Staatsregierung zu loben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Herrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2597 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und der AfD sowie des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Gibt es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2619 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen von CSU und FREIEN WÄHLERN sowie der Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/2598 bis 18/2602 sowie 18/2620 und 18/2621 sind bereits an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen worden.

Zum Abschluss der Debatte über die Dringlichkeitsanträge gebe ich jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "WLAN in Bayerischen Regionalbahnen – WLAN-Empfang als Standardausschreibungskriterium bei der Vergabe von Bahnleistungen", Drucksache 18/2618, bekannt. Mit Ja haben 51 gestimmt, mit Nein haben 106 gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt,
Stefan Schuster u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 18/2599

Neue Polizeiuniform - Qualitätsmängel umgehend beheben!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in Satz 1 die Wörter „im zuständigen Ausschuss“ durch die Wörter „dem Landtag gegenüber“ und das Wort „mündlich“ durch das Wort „schriftlich“ ersetzt werden.

Berichterstatter: **Klaus Adelt**
Mitberichterstatter: **Norbert Dünkel**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 8. Sitzung am 3. Juli 2019 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 13. Sitzung am 8. Oktober 2019 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Martin Runge
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Stefan Schuster, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Florian Ritter, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/2599, 18/3986

Neue Polizeiuniform – Qualitätsmängel umgehend beheben!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag gegenüber zu den hinlänglich bekannten qualitativen Mängeln der neuen Dienstuniform der bayerischen Polizeibeamtinnen und -beamten schriftlich Stellung zu nehmen.

Im Fokus des Interesses stehen dabei folgende Fragen:

- Seit wann ist bekannt, dass die neue Dienstuniform qualitative Mängel aufweist?
- Aus welchen Gründen kommt es vermehrt zu Lieferengpässen bezüglich der Anschaffung der neuen Dienstuniform?
- Welche konkreten Schritte wurden bisher unternommen, um die qualitativen Mängel der neuen Dienstuniform zu beseitigen?
- Liegen ähnliche Beschwerden zur Qualität der neuen Dienstuniform auch von uniformierten Beamtinnen und Beamten aus der Justiz vor?

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Nun die Frage an die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk, ob sie sich einem und welchem Fraktionsvotum sie sich anschließen wollen. Herr Plenk? – Kein Votum. Herr Swoboda? – Also schließen Sie sich keinem Votum an. Insgesamt übernimmt der Landtag damit diese Voten.

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lärmschutz A 995
Drs. 18/2155, 18/4012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Brennstoffzellenzüge als Teil der Klimaoffensive
Drs. 18/2401, 18/4014 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuergerechtigkeit realisieren – mehr Prüfungen bei Einkommensmillionärinnen und Einkommensmillionäre umsetzen!
Drs. 18/2408, 18/4042 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oktoberfestattentat – Respekt und Anerkennung für die Opfer
Drs. 18/2409, 18/3985 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner u. a. und Fraktion (AfD)
Abhörmaßnahmen gegen Bürger: Zulassung von Beweismitteln, die mittels digitaler Geräte in Wohnungen gewonnen wurden
Drs. 18/2554, 18/3938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)
Sonnenschutz in Kindertageseinrichtungen in Bayern – Kinder vor Hautkrebs schützen
Drs. 18/2598, 18/4007 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Stefan Schuster u. a. und Fraktion (SPD)
Neue Polizeiuniform – Qualitätsmängel umgehend beheben!
Drs. 18/2599, 18/3986 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anpassung statt Symptombekämpfung – Staatliche Förderung von Schneekanonen beenden
Drs. 18/2622, 18/4046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung von Expertinnen und Experten zur Arbeit und Entlohnung der Inhaftierten im Justizvollzug
Drs. 18/2864, 18/3937 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Modellversuch „Digitale Schule 2020“
Drs. 18/2870, 18/4017 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

17. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)
Patientensicherheit III: Multiresistente Erreger konsequent eindämmen
Drs. 18/2873, 18/4043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Sandro Kirchner, Alexander König u. a. CSU
Zukunft der Mobilität in ländlichen Regionen
Drs. 18/2107, 18/4015 (ENTH) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>